

## **Offener Brief an MdB Bollmann**

Sehr geehrter Herr Bollmann,

im Radio Herne 90,8 (09.03.2013) werden Sie auf die Entscheidung des OLG Düsseldorf angesprochen, dass alle Unternehmen den vollen Strompreis zahlen müssen. Sie maßen sich in dem Interview an, Richterschelte betreiben zu müssen, in dem Sie zitiert werden, dass darüber das letzte Wort längst nicht gesprochen sei.

Der Grund Ihres Gespräches bei Herne 90,8 ist die Kenntnis, dass in Herne acht so genannte energieintensive Konzerne keine oder geringere Netzentgelte für ihre Stromversorgung zahlen.

Sie führen weiter an, dass die Umsetzung des Düsseldorfer Urteils möglicherweise Arbeitsplätze gefährden würde. Hier zeigen Sie eine klare Kante, in dem Sie den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, erpressbar gegenüber der energieintensiven Industrie zu sein.

Wörtlich sagen Sie hinsichtlich einer Umsetzung der Düsseldorfer Entscheidung: „Dies würde, wenn es wirklich so durchkäme, zu einer aus meiner Sicht allerdings geringfügigen Verbilligung der Privathaushalte führen können.“

Nur: Wenn die Verbilligung bei den Stromrechnungen für die privaten Haushalte geringfügig ausfällt, wie kann man dann den angedrohten Stellenabbau verifizieren?

Und dann auch noch, wenn Evonik auf seiner Bilanzpressekonferenz am 12.3.2013 einen Rekordgewinn für 2012 in Höhe von 1,2 Milliarden Euro verkündete und für 2013 einen höheren Umsatz gegenüber dem Vorjahr bei vergleichbar hohem Ergebnis-Niveau plant.

EUROSTAT meldet in seiner jüngsten Statistik, dass die Strompreise für die industriellen Endverbraucher etwas über dem Durchschnitt der Eurozone liegen.

Gleichwohl ist es Tatsache, dass zumindest der größte Teil der energieintensiven Großunternehmen Sondervertragskunden sind, die die Preise mit den Stromlieferern außertariflich aushandeln und die – weil dem Betriebsgeheimnis unterliegend – nirgends statistisch erfasst werden können.

Als Mitglied im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages sollten Sie das sicherlich wissen.

Wo bleibt denn, sehr geehrter Herr Bollmann, die aktuell aus dem Wahlprogramm der SPD abgeleitete „Soziale Gerechtigkeit“? Wieder auf die Kleinen, zugunsten der Wirtschaft?

Wir haben bei Ihren Äußerungen das Gefühl, dass Sie die grandiose Rede von Prof. Dr. Klaus Töpfer auf dem Herner Forum nicht so recht verstanden haben.